

Was Sie schon immer über die Piratenpartei wissen wollten...

Die Piratenpartei hat einen lustigen Namen, doch ihr Anliegen ist ernst. Sie tritt ein:

- für den Schutz der Bürgerrechte nicht nur im digitalen Raum,
- für die Transparenz des Staates statt des Bürgers,
- gegen Überwachungsstaat und Internet-Zensur,
- für ein zeitgemäßes Urheber- und Patentrecht

Derzeit konzentriert sich die Piratenpartei auf diese Kernthemen des 21. Jahrhunderts, die von den etablierten Parteien vernachlässigt oder laienhaft bearbeitet werden.

Informationelle Selbstbestimmung

Gesetze und Gesetzesvorhaben wie Internet-Sperren, Bundestrojaner, Rasterfahndung, Vorratsdatenspeicherung, einheitliche Steuer-ID und Schüler-ID, Anti-Terror-Datei und elektronische Gesundheitskarte gefährden die bürgerlichen Freiheiten. Die Piratenpartei setzt sich für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, gegen einen Überwachungsstaat ein.

Urheberrecht

Der uralte Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen und für alle verfügbar zu machen, ist durch die rasante technische Entwicklung in greifbare Nähe gerückt. Das derzeitige Urheberrecht beschränkt jedoch dieses Potenzial. Sein veraltetes Verständnis von sogenanntem „geistigem Eigentum“ steht der angestrebten Wissens- und Informationsgesellschaft entgegen. Die Piratenpartei tritt für eine Reform des Urheberrechts ein. Dabei will sie die Rechte der Künstler ebenso schützen wie die der Nutzer.

Patentrecht

Die Piratenpartei lehnt Patente auf Lebewesen, Gene, Geschäftsideen und Software ab. Diese bremsen das Erfindungspotenzial und behindern die Entwicklung der Wissensgesellschaft, indem sie dem öffentlichen Gemeinwohl zustehende Werte in die Hände einiger weniger geben.

Transparenz

Die Piratenpartei ist gegen den gläsernen Bürger und für den gläsernen Staat. Sie fordert die massive Stärkung der Auskunftsrechte des Bürgers gegenüber den staatlichen Organen. Die von ihr angestrebte Transparenz politischer Entscheidungen stellt nicht die Verwaltungs- und Politikvorstellungen eines überkommenen Staatsbegriffs, sondern den mündigen Bürger in den Mittelpunkt staatlichen Handelns.

Weitere Themen

Die Piratenpartei entwickelt Positionen auch zu weiteren politischen Fragen. Bei diesem Prozess steht sie für neue Formen direkter Demokratie, die u.a. das Internet zur Meinungsbildung und Mitarbeit nutzen. In einem öffentlich zugänglichen Wiki werden zur Zeit zahlreiche Themen wie Volksentscheide, Grundeinkommen, Reform des Steuersystems etc. kontrovers diskutiert.

Positionierung im politischen Spektrum

Die Piratenpartei steht weder links noch rechts, sondern für einen pragmatischen, lösungsorientierten Politikansatz ohne ideologische Scheuklappen.

Internationale Vernetzung

Die erste Piratenpartei wurde Anfang 2006 in Schweden gegründet. Im September 2006 folgte die Piratenpartei Deutschland. Seit Juni 2009 gibt es in allen sechzehn Bundesländern Landesverbände. Mittlerweile existieren Piratenparteien in rund 20 Ländern, unter anderem in den USA, Russland und Peru. Alle Piratenparteien teilen die gleichen Werte, sie verwenden das gleiche Logo und sind untereinander vernetzt.

Wahlergebnisse

In Schweden hat die Piratenpartei bei der Europawahl 7,1% der Stimmen geholt und damit ein Mandat im europäischen Parlament gewonnen. In der Gruppe der unter 30-jährigen wurde sie zweitstärkste Partei. In Deutschland hat die Piratenpartei bei ihrer ersten bundesweiten Wahl 0,9% erreicht und ist damit berechtigt, staatliche Wahlkampfkostenzuschüsse zu erhalten. Seit der EU-Wahl hat sich in Deutschland die Zahl der Parteimitglieder verdoppelt, die Medienpräsenz ist sprunghaft gestiegen. Die Website der Piratenpartei war im Juni 2009 der mit Abstand am häufigsten besuchte Internetauftritt aller politischen Parteien in Deutschland.

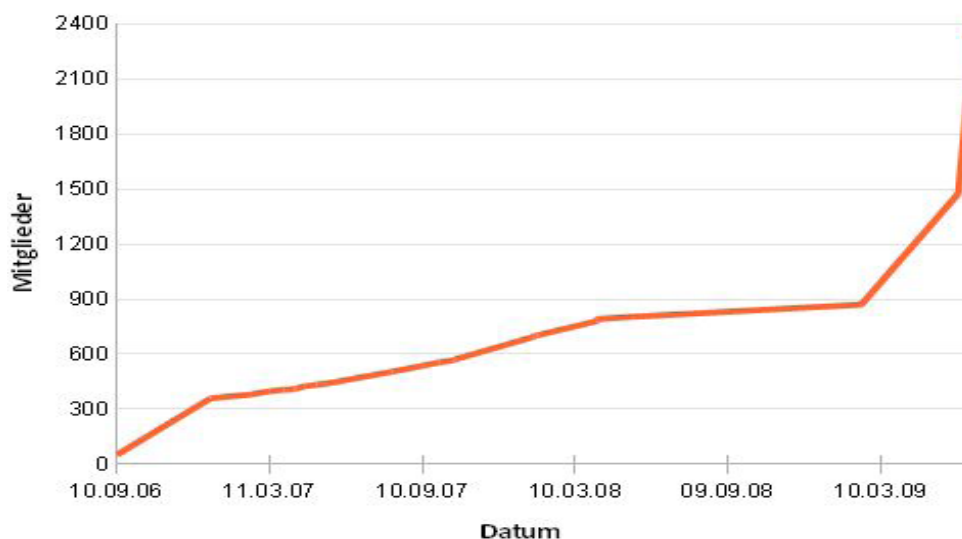
Ziele für die Bundestagswahl 2009

Die Piratenpartei ist seit Juni 2009 durch den Übertritt des ehemaligen SPD-Abgeordneten Jörg Tauss mit einem Abgeordneten im Bundestag vertreten. Sie plant den Wiedereinzug in den Bundestag in voller Fraktionsstärke und ist bereit für den Eintritt in eine Regierungskoalition, in der sie ihre politischen Ziele verwirklichen kann.

Der Name „PIRATENPARTEI“

„Pirat“ wurde als Kampfbegriff von den Verlierern der Internet-Revolution eingeführt - Lobbyisten der Musik- und Filmindustrie, die ihre veralteten Geschäftsmodelle verteidigen wollen. Sie kriminalisieren normale Internet-Nutzer, die nichts weiter wünschen, als an der Kultur und am Wissen der Menschheit teilzuhaben. Die Piratenpartei nimmt diesen Kampfbegriff auf, um in offensiver Weise eine Neubewertung und damit ein gesellschaftliches Umdenken einzuleiten.

Mitgliederentwicklung



Pressemitteilungen:

Pressemitteilung vom 15.6.2009

Piratenpartei unterstützt SPD-interne Kritiker der Internet-Zensur

Mitglieder der Piratenpartei warben gestern beim SPD-Parteitag für den Antrag der SPD-Basis gegen die geplante Internet-Zensur.

Die Piratenpartei hat den Antrag einer Gruppe junger SPD-Politiker um Björn Böhning, Jan Mönikes und Franziska Drohsel gegen die von der Bundesregierung geplante Internet-Zensur unterstützt. Mitglieder der Piratenpartei verteilten dazu am Eingang des SPD-Parteitags Flyer an die SPD-Delegierten. Sie informierten darüber, welche Gefahr der Gesetzentwurf für die Freiheit des Internets darstellt und wie wirkungslos die geplanten Maßnahmen gegen die Kinderpornografie tatsächlich sind.

„Wir sind alle gegen Kinderpornografie, doch deswegen eine Internet-Zensur einzuführen, ist nutzlos und gefährlich“, findet Florian Bischof, Spitzenkandidat der Piratenpartei Berlin zur Bundestagswahl. „Wenn die Infrastruktur für Internet-Sperren erst einmal eingeführt ist, kann sie auch auf alle anderen Themenbereiche ausgeweitet werden.“

Antragssteller Björn Böhning (SPD) bedankte sich per Twitter ausdrücklich bei den Piraten für diese Aktion. Viele Delegierte des Parteitags nahmen die Flyer positiv auf und teilten die Auffassung der Piratenpartei zu diesem Thema.

Trotz der guten Resonanz wurde der Antrag vom SPD-Parteitag nicht einmal diskutiert. Stattdessen wurde ein alternativer Antrag des Bundesvorstandes verabschiedet. Dieser gibt zwar dem Löschen von kinderpornographischen Websites Vorrang vor dem Sperren und fordert eine Beschränkung und Kontrolle der geplanten BKA-Liste von zu sperrenden Websites. Das Hauptproblem, dass eine Zensur-Infrastruktur in Deutschland geschaffen wird, bleibt jedoch bestehen.

„Wir laden die SPD-Mitglieder, die unsere Positionen zur Internet-Zensur teilen, herzlich ein, auch Mitglied der Piratenpartei zu werden“, sagt Florian Bischof. „Das SPD-Parteibuch können sie von uns aus trotzdem gern behalten.“

Die Piratenpartei ist mit 7,1% in Schweden ins Europaparlament eingezogen. Sie hat das Ziel, bei der Bundestagswahl über die 5%-Hürde zu kommen und in eine Regierungskoalition einzutreten. Dabei legt sie sich bewusst auf keines der Lager fest. Sie ist für jede Koalition offen, in der sie ihre politischen Ziele verwirklichen kann.

Pressemitteilung vom 18.6.2009

PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Fabio Reinhardt

Email
presse@berlin.piratenpartei.de

Telefon
+49 (0)30 55 49 93 58

Digitaler Protest wird auf die Straßen getragen – Piratenpartei Berlin ruft zur Demonstration gegen Aufbau von Zensurinfrastruktur auf

Trotz Protesten von weiten Teilen der Bevölkerung hat sich die Regierung auf die Errichtung einer staatlichen Zensurinfrastruktur geeinigt. Das „Zugangsschwerungsgesetz“ wird den Bundestag voraussichtlich im Laufe des heutigen Donnerstages passieren. Über 130.000 Bürger hatten ihrer Besorgnis Ausdruck verliehen und die Petition unterzeichnet. Unter dem Motto „Löschen statt Sperren“ setzt die Piratenpartei Berlin den Protest auch offline fort und ruft zu einer Demonstration gegen die Internetzensur am Samstag, dem 20.06.2009 um 12:00 auf. Der Treffpunkt ist vor dem Willy-Brandt-Haus in der Wilhelmstraße. Die Demonstration findet unabhängig von dem Ergebnis der dritten Lesung statt.

„Das mittels Lügen auf den Weg gebrachte Gesetz stellt die demokratische Grundordnung Deutschlands auf den Kopf“, erklärt Florian Bischof, Berliner Spitzenkandidat der PIRATEN für die Bundestagswahl, den Grund der Demonstration. „Dem Gesetzesentwurf zufolge sollen Inhalte aus dem Internet primär nicht entfernt, sondern lediglich gesperrt werden. Aus dem Lager der CDU/CSU sind bereits erste Wünsche zur Erweiterung der Sperrlisten gemäß den von uns vermuteten Begehrlichkeiten der Urheberrechtslobby laut geworden.“

Nicht nur die Bürger sind besorgt. Selbst die Basis der SPD hatte deutlich gegen den Gesetzentwurf aufgebeht. Bereits während des SPD-Parteitages zeigte sich ein tiefer Spalt innerhalb der Sozialdemokraten. So wurde ein Initiativantrag der SPD-Basis zur Ablehnung des Gesetzes aufgrund nicht erwünschter medialer Aufmerksamkeit vom SPD-Vorstand abgelehnt. Viele der so verstörten SPD-Mitglieder zeigten daraufhin offen ihre Sympathie zu den PIRATEN.

„Wir geben jedem enttäuschten SPD-Mitglied am Samstag die Chance, ein neues politisches Zuhause finden“, so Bischof. „Wir tauschen SPD-Parteibücher gegen Mitgliedsausweise der Piratenpartei um. Und für die, die länger keinen Blick mehr hinein geworfen haben, verteilen wir auch wieder Grundgesetze.“

Weitere Informationen, auch über Aktionen in anderen Städten, sind im Internet unter <http://loeschenstattsperrern.de/> zu finden.

Pressemitteilung vom 20.6.2009

PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Fabio Reinhardt

Email
presse@berlin.piratenpartei.de

Telefon
+49 (0)30 55 49 93 58

Piratenpartei-Unterstützer in der SPD können Zensurgesetz nicht verhindern

Am 18.6.2009 verpasste die SPD-Bundestagsfraktion die historische Chance, das umstrittene Zensurgesetz zu Fall zu bringen, von dem nun letztendlich nur die federführenden Minister der Union profitieren werden.

Die Piratenpartei Deutschland hat nun für Samstag, den 20.6. bundesweit zu Demonstrationen gegen das Gesetz aufgerufen. Es wird erwartet, dass sich Bundestagsmitglied Jörg Tauss, einer von nur drei Abgeordneten der SPD, die gegen das Gesetz gestimmt haben, auf der Demonstration in Berlin zu seiner zukünftigen politischen Karriere und über die genaue Form seiner Kooperation mit den PIRATEN Stellung bezieht.

Obwohl während der Debatte am Donnerstag viele der von den PIRATEN und der Internet-Community vorgebrachten Argumente genannt worden waren, ließen sich die Parlamentarier der großen Koalition nicht mehr von ihren Plänen abbringen. Schlussendlich waren von 535 Stimmen 389 dafür und 128 dagegen, sowie 18 Enthaltungen. Noch am Morgen der Abstimmung hatte Jan Moenikes, Bundestagskandidat der SPD, zusammen mit zahlreichen anderen Mitgliedern seine Partei ein letztes Mal aufgefordert, sich den kritischen Argumenten gegen das Gesetz zugänglich zu machen.[1] Am Vortag hatte sich auch der Online-Beirat der SPD ausdrücklich vom geplanten Gesetz distanziert.[2]

Die unklare Haltung der SPD im Vorfeld der Abstimmung brachte nun der jungen Piratenpartei auf überraschende Weise weitere Aufmerksamkeit. Moenikes hatte in den letzten Tagen in mehreren Online-Netzwerken eine Gruppe „Piraten in der SPD“ eröffnet und darin neben „Zensursula“ auch andere Themen der Piratenpartei aufgegriffen. „Wir sehen die ‚Piraten in der SPD‘ als einen Schritt in die richtige Richtung“, so Jens Seipenbusch, stellvertretender Vorsitzender der PIRATEN. „Wir hoffen, dass sich die Parteiführung der SPD möglichst bald den Argumenten ihrer eigenen Basis öffnet.“

Als gescheitert angesehen wird der Versuch des Abgeordneten Martin Dörmann, die Bereitschaft der SPD zu rechtfertigen, die Verträge der Familienministerin mit den Providern durch ein Gesetzesform zu versilbern. Dabei stellt Dörmann in seiner Erklärung selbst fest, dass die SPD „Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Verträge“ vom 17. April habe, und diese nach ihm, „keinen hinreichenden Grundrechtsschutz gewährleisten“. [3] Florian Bischof, Berliner Spitzenkandidat für die Bundestagswahl sagte dazu: „Dass die SPD-Fraktion erneut sehenden Auges Verfassungsbruch begeht, überrascht uns nicht. Schon nach dem Beschluss zur Vorratsdatenspeicherung im Jahre 2007 hatten zahlreiche Abgeordnete aus den Reihen der SPD zu Protokoll gegeben, sie gingen davon aus, dass sie damit Beihilfe zum Verfassungsbruch geleistet hätten. Dieses Vorgehen muss endlich ein Ende haben.“ [4]

[1] <http://netzpolitik.org/2009/bericht-von-der-sperrwache-in-berlin/>

[2] <http://netzpolitik.org/2009/online-beirat-der-spd-gegen-zensurgesetz/>

[3] <http://netzpolitik.org/wp-upload/090618-ak-zensur-afreude-kipornografie-bekaempfungsg.pdf>

[4] http://de.wikipedia.org/wiki/Vorratsdatenspeicherung#Erkl.C3.A4rung_der_26_SPD-Abgeordneten

Pressemitteilung vom 19.6.2009

PRESSE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Fabio Reinhardt

Email
presse@berlin.piratenpartei.de

Telefon
+49 (0)30 55 49 93 58

Zensurgesetz verabschiedet – Opposition versagt in ihrer Rolle

Am Donnerstagabend wurde im Bundestag das heftig umstrittene Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornographie durch Internetsperren verabschiedet. Das Gesetz war in letzter Minute geändert worden und wird nun unter der Bezeichnung „Zugangerschwerungsgesetz“^[1] geführt.

„Der Bundestag hat heute den ganz großen Wurf geleistet,“ kommentiert Florian Bischof, Spitzenkandidat der Berliner Piratenpartei für die Bundestagswahl. „Nicht nur wurde die Einführung einer umfassenden Zensurinfrastruktur und auch die Abschaffung der in Deutschland seit 1949 bestehenden Gewaltenteilung beschlossen; dazu wurde noch eine quasi geheim arbeitende Polizeieinheit geschaffen. Dass irgendein Gremium, von dem noch nicht einmal klar ist, wie es besetzt wird, alle paar Monate mal einen Blick auf die Zensurliste werfen soll, halte ich für den Ernst der Thematik nicht angemessene Symbolpolitik. Die große Koalition denkt wohl, sie könne damit die Bürger für dumm verkaufen!“

„Besonders enttäuscht sind wir vom Abstimmungsverhalten der Opposition, die es bereits im Vorfeld verpasst hatte, deutlich gegen das Gesetz Stellung zu beziehen“, so Bischof. „Während die Linkspartei durch Abwesenheit glänzte, zog es ein Drittel der Grünen vor, sich bei der Abstimmung zu enthalten.^[2] Wer in einer derart wichtigen Situation den Schwanz einzieht, nur weil es sich vielleicht um ein sensibles Thema handelt, macht sich für die Internet-Gemeinde unwählbar.“ Um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, ruft die Piratenpartei in einem breiten Bündnis alle Bürger dazu auf, sich am kommenden Samstag um 12 Uhr an den bundesweiten Demonstrationen gegen das Zensurgesetz zu beteiligen. In Berlin ist der Treffpunkt vor der SPD-Parteizentrale in der Wilhelmstraße.

[1] <http://www.zugerschwg.com/>

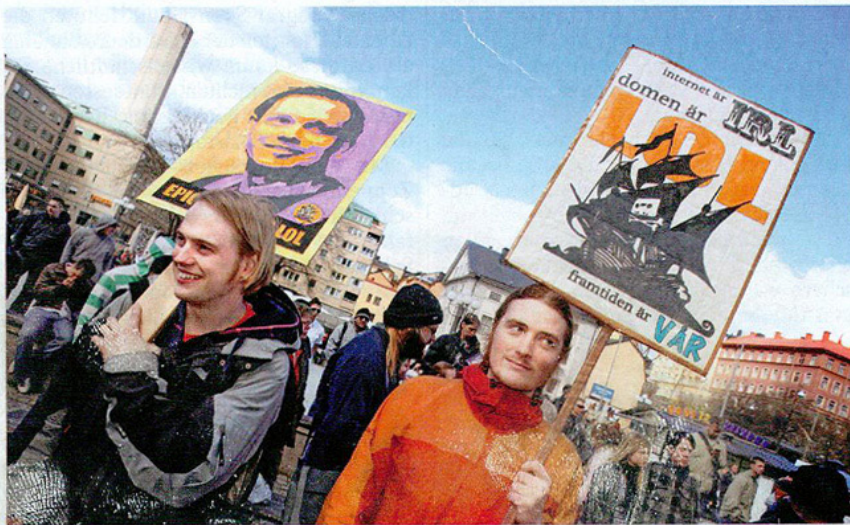
[2] http://www.abgeordnetenwatch.de/internet_sperren-636-180----p_11_abst_ent.html#abst_verhalten

Technik

INTERNET

Darth Vader und die Wikinger

Der Erfolg der Piratenpartei ist die größte Überraschung bei der Europawahl. Werden die etablierten Parteien deren Forderung nach einem freien Netz übernehmen?



Demonstration von Internet-Piraten in Stockholm: Alles Kriminelle?

„Hej Christian!“, ruft ein Passant, stürmt auf Christian Engström zu und schüttelt ihm begeistert die Hand. Das passiert dem Vorkämpfer der Piratenpartei derzeit häufiger: Wildfremde Stockholmer gratulieren ihm zu seiner Wahl ins Europaparlament.

Wie ein Freibeuter sieht Engström nicht gerade aus. Der freundliche Herr um die fünfzig mit einem lustigen weißen Haarwirbel über der Stirn sitzt in einem Straßencafé der schwedischen Hauptstadt und mampft heißen Blaubeerkuchen.

Der künftige EU-Abgeordnete gehört zu den führenden Informatikern seines Landes: Schon die Eltern waren Programmierer, er selbst entwickelte Software für Patentämter. Dann wechselte er die Fronten.

Sein Wahlprogramm würde auf den Bierdeckel vor ihm passen: Patente abschaffen, Urheberrechte auf wenige Jahre beschränken, Datenschutz ausbauen. Ein Schmalspurprogramm mit Breitenwirkung: Bei der Europawahl erhielt die Piratenpartei in Schweden 7,1 Prozent der Stimmen. Ihre Anhänger sind überwiegend unter dreißig und männlich; unter Schülern würde sie vor den Volksparteien liegen.

Viele europäische Länder haben Schwesterparteien, die für ein freies Internet kämpfen. In Deutschland kamen die Frei-

beuter auf 0,9 Prozent, in einem Berliner Wahlkreis sogar auf 5,1 Prozent.

„Piratenpartei, das klingt erst einmal albern“, sagt Engström. „Aber jeder kann etwas damit anfangen“ – vor allem im Land der Wikinger. Den größten Zulauf verdankt sie ihren Gegnern: Ihre Mitgliederzahl verdreifachte sich schlagartig, als im April die Betreiber des schwedischen Datenaustauschportals thepiratebay.org in erster Instanz zu einjähriger Haft und Schadensersatz verurteilt wurden.

Sind die über 200 000 Piratenwähler alle Kriminelle? „Das natürlich nicht, aber es

thos der Piratenpartei wie Darth Vader zu „Krieg der Sterne“. Seit 2001 das Antipiraterie-Büro gegründet wurde, spalten erbitterte Kontroversen ums Internet das Land. Ausgerechnet das liberale Schweden erließ harte Überwachungsgesetze, um Websites zu zensieren und Behörden das Mitlesen von E-Mails zu erlauben.

Aus Protest gründeten Bürgerrechtler 2003 das Piraten-Büro, ein Diskussionsforum. Dann kam die kommerzielle Tauschplattform Pirate Bay dazu, die heute unabhängig operiert. Und schließlich wurde vor drei Jahren die Piratenpartei gegründet, sozusagen als politischer Arm des Widerstands.

„Das Gemeinsame aller drei Organisationen ist, dass wir das Schimpfwort ‚Piraterie‘ positiv umgedeutet haben, wie es in Amerika die Homosexuellen gemacht haben mit dem Wort ‚schwul‘“, sagt Engström.

„Die Piraten spielen sich als Opfer auf, aber sie sind Täter, die der Filmindustrie schaden“, hält Pontén dagegen. Er habe sogar Morddrohungen per SMS erhalten. „Leider kennen sich viele Politiker im Internet nicht aus und sind beeinflussbar durch Lobbygruppen.“

Da ist er sich ausnahmsweise einig mit seinen Gegnern. „Das Problem sind die unwissenden Offline-Politiker“, sagt Rick Falkvinge, der Gründer der Piratenpartei. „Daher haben wir uns entschieden, die Politiker zu umgehen und uns direkt an die Wähler zu wenden.“

Sein mobiles Wahlbüro befindet sich heute im Flughafen von Stockholm: Vor ihm stehen ein Glas Bier und sein Laptop. Eigene Räume hat die Partei nicht.

Sein Geld verdiente der Enddreißiger als Software-Experte, unter anderem bei Microsoft. Die erste Firma gründete er mit 16. Nun ist er unterwegs nach Kanada zu einer Konferenz. Nächstes Jahr will er für den schwedischen Reichstag kandidieren.

„Die Gründer der Piratenpartei stehen für eine neue Art des Bürgertums“, sagt Anders Rydell, der gerade ein Buch über die Netz-Freibeuter veröffentlicht hat. „Seit der liberal-konservativen Regierung von Carl Bildt Anfang der Neunziger ist Schweden ein Vorreiter in Sachen Internet“, sagt Rydell. Das habe die Gesellschaft verändert: „Immer mehr Bildungsbürger, Autoren und Zeitungen solidarisieren sich inzwischen mit den Piraten.“

Sein Wahlerfolg sei nur der Anfang, hofft der Internet-Politiker Engström: „Seit den Wahlen bekommen wir von den großen Parteien Angebote zur Zusammenarbeit.“ Das ist Teil des Plans – deswegen ist das Wahlprogramm so schlank.

Und was, wenn die etablierten Parteien seine Forderungen einfach abkupfern? „Wir sind Piraten, wir lieben das Kopieren!“, sagt Engström. „Dann hätten wir unser Ziel erreicht und würden uns selbst abschaffen.“

HILMAR SCHMUNDT



Internet-Politiker Falkvinge, Engström „Neue Art des Bürgertums“

war eine Protestwahl von „angry young men“, meint Henrik Pontén vom „Antipiraterie-Büro“, einem Lobbyverein der Filmindustrie. Der Mann mit dem militärisch kurzen Haarschnitt gilt als Lieblingsfeind der nordischen Piraten. „Das Wahlergebnis der Rechtsextremen ist sehr schlecht ausgefallen diesmal“, sagt er. „Viele wütende junge Männer haben stattdessen die Piraten gewählt.“

Pontén hat sich im Norden von Stockholm hinter einer verspiegelten Sicherheitstür verschanzt. Er will nicht vor Kamera oder Mikrofon sprechen. Vor seinem Büro hängt ein Filmplakat von „Terminator 3“. Pontén gehört zum Gründungsmy-

PARTEIEN

Klar zum Entern

Das Gesetz gegen Kinderpornografie im Internet befeuert eine neue Bewegung: Die Piratenpartei will zum parlamentarischen Arm der Online-Gemeinde werden.

Wenn der Computer ausfällt, betrachtet das Dirk Hillbrecht, 37, normalerweise als Anschlag auf seine Lebensqualität. Am vergangenen Donnerstag aber war der passionierte Online-Nutzer direkt glücklich über den Blackout.

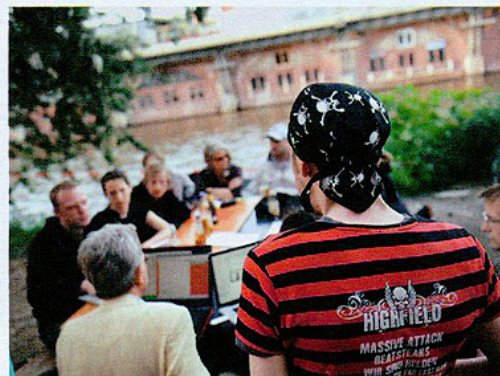
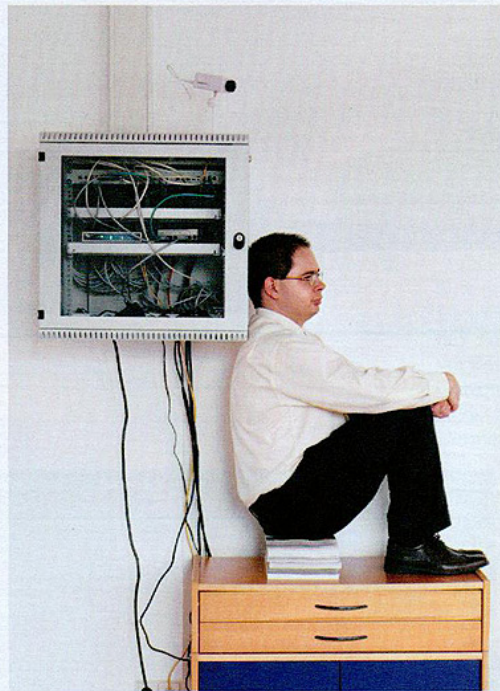
Hillbrecht ist Vorsitzender der Piratenpartei, die sich dem Kampf gegen Zensur im Datennetz verschrieben hat. Als der Bundestag vorige Woche einem umstrittenen Gesetz zu Internet-Sperren zustimmte, legte der Ansturm empörter User zwischenzeitlich die Homepage der Gruppierung lahm – und Parteichef Hillbrecht jubelte: „Das zeigt, wie groß das Interesse der Leute ist.“

Offiziell dient das Gesetz, das aus dem Bundesfamilienministerium stammt, der Eindämmung von Kinderpornografie im Internet. Der Zugang zu entsprechenden Seiten soll nun anhand von Listen des Bundeskriminalamts gesperrt werden dürfen. Kritiker wie Hillbrecht sehen darin aber eine Gefahr: Wenn der Staat einmal mit dem Sperren von Internet-Seiten anfangen, sei der Damm zur Zensur gebrochen und der Grundgesetzartikel 5 – Meinungsfreiheit – praktisch beerdigt.

Über Monate prangte auf der Homepage der Piratenpartei das Konterfei der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Sie hieß dort bloß „Zensursula“. Ihre Gegner konnten auf der Piratenseite eine Petition unterzeichnen, um das Gesetz zu verhindern. 134.000 Menschen unterschrieben – so viele Unterstützer hatte bisher noch keine Bundestagspetition.

Der jungen Bewegung bringt die Debatte um die Freiheit des Internet im Bundestagswahlkampf ungeahnte Aufmerksamkeit. Bislang wirkte die Partei, im Jahr 2006 von Softwareentwicklern und Internet-Freaks gegründet, eher im Verborgenen. Jetzt aber haben die Piraten ihr Thema gefunden: Für den zeitgemäßen Schutz von Daten in der Internet-Ära oder die Markenrechte für Softwarelizenzen fühlen sich die traditionellen Parteien nicht wirklich zuständig – oder sie entscheiden an den Interessen vieler Nutzer vorbei.

„Durch das Internet ist eine völlig neue Lebenswelt entstanden, in der sich vor allem die unter 40-Jährigen ganz selbstverständlich bewegen“, sagt Piratenchef Hillbrecht. „Aber die meisten Politiker gehören zu einer anderen Generation. Die



Pirat Hillbrecht, Stammtisch*: Ein bisschen improvisiert

haben von diesen Themen überhaupt keine Ahnung.“

Hillbrechts Partei will diese Lücke füllen, nach internationalem Vorbild. Bei der Europawahl am 7. Juni erreichte die Piratenpartei in Schweden sagenhafte 7,1 Prozent; in Deutschland kam sie bundesweit immerhin auf 0,9 Prozent der Stimmen. Genuß, um Geld aus dem staatlichen Topf der Wahlkampfkostenerstattung zu bekommen. Im September wollen die Piraten erstmals zur Bundestagswahl antreten, die nötigen Unterschriften sind schon fast zusammen.

Sebastian Schneider wirft einen Stapel Blätter auf den Biertisch. „Ungefähr hundert“, sagt er. Wie jeden Mittwochabend trifft er sich mit anderen Aktivisten der Berliner Piratenpartei zum Stammtisch in der C-Base, einem Hacker-Club nahe der Janowitzbrücke. Heute sind rund 20 Piraten da, es sind mehr Männer als Frauen, die

* Treffen der Piratenpartei in Berlin.

meisten unter 30, man sitzt draußen am Spreeufer und sortiert die Unterschriften der Unterstützer.

Schneider, ein dünner Typ mit Ringelshirt und Piratenkopftuch, hat tagsüber Stimmen auf einer Studenten-Demo gesammelt. „Die standen richtig Schlange“, sagt er. Bundesweit hat die Partei schon knapp 2000 Mitglieder, die Zahl wächst ständig. „Zurzeit werden wir mit Anträgen regelrecht überschwemmt“, sagt Florian Bischof, der Berliner Spitzenkandidat.

Bischof, vor sich einen Laptop, moderiert den Stammtisch. Pressemitteilungen müssen geschrieben, eine Geschäftsstelle muss eröffnet werden. Ein Sympathisant hat den Piraten einen Schreibtisch geschenkt. „Wer holt den ab?“, fragt der Spitzenkandidat.

Noch wirkt alles ein bisschen improvisiert, manches nicht ganz ernsthaft. Im Bundestagswahlkampf will die Piratenpartei „vor allem auf dem Wasser sichtbar sein“, sagt Bischof. Deshalb haben sie ein Floß gebaut, für die „Enterfahrt ins Regierungsviertel“.

Den Witzaktionen zum Trotz wehrt sich Bischof gegen den Vorwurf, Vertreter einer Spaßpartei zu sein. „Unser Name mag erst mal komisch klingen, aber dafür prägt er sich gut ein“, sagt er. Abgeleitet ist er vom Begriff der Netzpiraterie, mit dem zum Beispiel Plattenfirmen das illegale Herunterladen von Musik brandmarken. Die Piratenpartei dagegen will, dass Downloads zu privaten Zwecken erlaubt werden.

Für die Internet-Gemeinde mag die Forderung relevant sein – aber reicht das, um als Bundespartei zu bestehen?

„Wir sind im Moment eher eine Ein-Thema-Partei“, räumt Bischof ein. Aber das habe sich in der Bundesrepublik schon öfter als Vorteil erwiesen. So hätten die Grünen vor 30 Jahren auch mit einem einzigen Thema angefangen, sagt Bischof. „Langfristig werden wir uns breiter aufstellen.“

Jetzt will der 31-jährige Jungpolitiker erst mal Netz- und Datenschutzthemen bundesweit auf die Agenda hieven. „Wenn andere Parteien anfangen, sich für unsere Ziele einzusetzen, soll uns das recht sein“, sagt er.

Manche Sozialdemokraten versuchen bereits, auf den Zug aufzuspringen. Auf der Homepage ihrer Partei gibt es ein Mitgliederforum, in dem sich schon Hunderte eingetragen haben. Mit wem die Genossen sympathisieren, macht der Titel deutlich: „Piraten in der SPD“.

MERLIND TEILE

Patricia Hecht / Tagesspiegel vom 11.6.2009

Immer mehr heuern bei der Piratenpartei an

Die Organisation ist überwältigt vom Interesse und baut ein Floß – für den Bundestagswahlkampf

Mit diesem Ansturm hatten sie nun wirklich nicht gerechnet. „Sonst waren wir meistens zu fünf“, sagte der Landesvorsitzende der Piratenpartei, Andreas Baum. Am Dienstagabend aber waren es mehr, viel mehr, etwa 40 Leute, die zum ersten Treffen nach den Europawahlen gekommen sind. Dort hatte die Partei 1,4 Prozent, also gut 12 000 Stimmen geholt – in Friedrichshain-Kreuzberg sogar 3,4 Prozent. Seit Sonntag ist die Besetzung der Berliner Parteipiraten um 30 auf 101 gewachsen.

Mangels einer Zentrale versammeln sich die Wahlsieger unter den Kleinen immer dienstags in der Kreuzberger Bar „Breipott“ in der Skalitzer Straße, passend gewählt zum Parteiprogramm: Hier wird lizenzfreie Musik aus dem Internet kostenlos zum Herunterladen angeboten. An die Musikindustrie angelehnt ist auch der Name der Partei: Man wolle das Wort Internet-Piraten, das von Seiten der Industrie häufig als Schimpfwort für Raubkopierer verwendet werde, positiv besetzen, so der 30-jährige Baum.

Entspannt ein Bier in der Hand, waren einige der bisherigen Mitglieder an ihren T-Shirts zu erkennen, auf denen das schwarz-orangene Logo mit der wehenden Flagge prangte. Die große Mehrheit jedoch kam zum ersten Mal: Wähler, Sympathisanten, Interessenten. „Da sehen schon viele nach Computernerds aus“, sagte ein studentischer Neuzugang mit Blick in die Runde. 35 Männer um die 30 Jahre, die meisten in Jeans und Sneakers – und fünf Frauen.

Informell und improvisiert ging es in kleinen Gruppen um die Lockerung von Urheber- und den Schutz von Bürgerrechten, um die Arbeit am Parteiprogramm via Diskussionplattform im Internet, um die offene und basisdemokratische Struktur der Ende 2006 in Berlin gegründeten Partei. Viele Posten auf dem Piratenschiff sind noch vakant: „Gut zu wissen“, sagte Michael Höhne, Geschäftsführer einer Internetfirma. Wer sich einbringen will, findet hier einen Platz.

Überläufer von anderen Parteien gibt es kaum – die meisten, die am Dienstag da waren, wollten sich zum ersten Mal politisch engagieren. Bei den großen Parteien gebe es, was digitale Medien angehe, eklatante Lücken oder falsche politische Signale. Vergleiche zu den frühen Grünen wurden gezogen: „Die waren da-


mals auch Vorreiter, was ihr Thema angeht“, sagte eine Pädagogin. „Jetzt sitzen sie schon lange im Bundestag.“

Da wollen auch die Piraten hin, die bereits Unterschriften sammeln, um bei der Wahl im September antreten zu können. 1200 sind schon beisammen, 800 fehlen noch. Im Gegensatz zum Europawahlkampf, der mangels Geld ganz ohne Plakate in der Stadt und fast nur in Foren und Blogs im Netz geführt wurde, wolle man bis dahin „stark sichtbar“ werden, so Vorsitzender Andreas Baum.

Deshalb wird gerade ein Floß gebaut, mit dem man „in der Echtwelt“, so Baum, als Spreepiraten unterwegs sein und Wahlkampf machen werde. Den Vorwurf, eine Spaßpartei zu sein, wies er jedoch zurück: „Wer das sagt, hat sich noch nie mit unserem Programm auseinandergesetzt.“

Zentral ist darin zwar die Netzwelt. Damit die Partei aber künftig breiter aufgestellt ist, soll auf dem Bundesparteitag Anfang Juli in Hamburg ein neues Programm beschlossen werden. Er arbeite daran und sei mit viel Herzblut bei der Sache, sagt Pirat Lars Hotil: „Datenschutz im Internet betrifft uns alle. Wir wollen das Thema unbedingt auf die Agenda bringen.“

PATRICIA HECHT

 Die Partei im Netz:
www.berlin.piratenpartei.de



Oberpirat. Andreas Baum (30) ist Landesvorsitzender der Piratenpartei. Foto: Heerde

Acht Gründe für die Piratenpartei

Das Internet hat seine erste Partei. Die Piratenpartei fordert die etablierte Politik heraus. Vorschläge wie Beschränkung des Urheberrechts, Freigabe aller Killerspiele oder das Verbot von Kopierschutz wirken weltfremd. Wiwo.de-Autor Mehmet Toprak hasst solche Ideen. Doch dann ist er ins Grübeln gekommen.

„Schreiben Sie doch mal was über die Piratenpartei“, meinte Angela Hennersdorf, meine Chefin bei der wiwo.de-Redaktion. Das sind diese Digital-Chaoten, die für freies Kopieren und gegen jede Art von Webzensur sind. Sitzen jetzt sogar mit einem Abgeordneten im EU-Parlament. Die mag ich nicht. Also gut, Chefin. Da ich eh gerade schlechte Laune habe, schreibe ich einfach einen Verriss.

Wer sind die überhaupt? Die in 2006 in Schweden gegründete „Piratpartiet“ hat dort 7,4 Prozent der Stimmen geholt. Das reicht für den besagten Sitz im Europaparlament. Auch Deutschland haben die Piraten inzwischen geentert und bei der EU-Wahl 229 117 Stimmen bekommen (0,9 Prozent). Um auch für die Bundestagswahl zugelassen zu werden, braucht die Partei noch Unterstützung und sammelt dafür gerade Unterschriften auf ihrer Webseite.

Was die Partei genau will?

Der Name sagt schon alles. Sie sind gegen alles, was nach staatlichem Eingriff schmeckt und für alles, was nach Freiheit riecht. Sie wollen die Vorratsdatenspeicherung abschaffen und die Privatsphäre stärken.

Das Briefgeheimnis soll zu einem „generellen Kommunikationsgeheimnis“ erweitert werden. Außerdem wollen sie die Patente abschaffen und den gewerblichen Urheberrechtsschutz auf fünf Jahre beschränken. Jeder sollte die Freiheit haben, aus einem urheberrechtlich geschützten Werk „abgeleitete Werke“ herzustellen. Gemeint sind damit so was wie Parodien, längere Zitate oder die kreative Weiterverarbeitung. Und dann wollen die Piraten zum Kopieren von CDs, Filmen oder Literatur ermuntern. Kopierschutztechniken sollen dagegen verboten werden. Eine sehr überschaubare und eindeutige Agenda.

Die Ziele dieser Partei sind also ziemlich genau das Gegenteil von allem, woran gesetzestreue Internet-Bürger wie ich glauben. Andererseits schadet es nichts, mal ein bisschen nachzudenken. Was könnten Gründe sein, diese Partei zu wählen?

1. Grund: Lobby der Internetnutzer

Nun, ein Vorteil wäre wohl, dass vor allem jugendliche PC- und Internetnutzer so etwas wie eine politische Vertretung bekämen. Denn schließlich ist es gerade diese Gruppe, die die Entwicklung von PC und Internet enorm geprägt hat. Da ist es nur gerecht, wenn sich das auch im Parlament widerspiegelt.

2. Grund: IT-Kompetenz in der Politik

Ein zweiter Grund wäre, dass die Politiker gezwungen wären, alle Themen rund um Internet und Computer mit mehr Fachkompetenz anzugehen. Das allermeiste, was Spitzenpolitiker bisher zu Technikthemen zu sagen hatten, wirkt unbeholfen und linkisch, um das geringste zu sagen. Das liegt wohl einfach daran, dass die Generation, die jetzt am Ruder ist, nicht mit dem PC aufgewachsen ist.

Sie können vielleicht eine SMS schreiben oder mit dem Blackberry posieren, aber das Verständnis von Technik bleibt trotzdem oberflächlich. Abgeordnete aus der Technik-Fraktion könnten da ein anderes Niveau in die Diskussion bringen.

Deswegen würde ich die Piratenpartei aber noch lange nicht wählen.

3. Grund: Die internationale WWW-Partei

Die Piratenpartei ist schon in vielen Ländern zuhause: Schwarz: registriert, Blau: aktiv, aber nicht registriert, Rot: in Gründung. Grau: noch keine Piratenpartei
Piratenpartei

Zugegeben, es gibt noch ein drittes Argument. Die Organisation ist weltweit schon in vielen Ländern als Partei registriert oder in der Gründungsphase. Peru, Frankreich, Argentinien, Australien, Brasilien, USA, Südafrika und Rumänien, um nur einige Beispiele zu nennen.

Daraus ergibt sich langfristig die Chance, Gesetze und Regelungen so zu gestalten, dass sie nicht nur ein einzelnes Land, sondern europaweit oder noch besser weltweit betreffen. Genau darum heißt es ja auch: WWW, World Wide Web.

Immer noch nicht genug, diese Partei zu wählen.

4. Grund: Das utopische Potenzial

Wenn man sich die Forderungen der Piraten auf deren Internetseite mal durchliest, dann klingt das gar nicht so blöd. Sie verweisen darauf, dass Patente und private Monopole die Gesellschaft schädigen können. Das gilt auch für den Bereich des Softwarepatente. Patente sorgen dafür, dass einzelne Firmen eine ganze Menge Geld verdienen - das sei ihnen gegönnt - haben aber den Nachteil, dass sie insgesamt die technische Entwicklung bremsen, weil nur einige wenige diese Patente anwenden können. Ob man deshalb alle Patente gleich abschaffen muss, ist eine andere Frage, aber kritisch nachdenken sollte man schon.

Das mit dem Urheberrecht ist auch nicht so falsch. Im Internet könnten theoretisch alle Menschen jederzeit auf alle Informationen oder Kulturgüter wie Literatur, Musik, Film oder Bildende Kunst zugreifen. Die Digitalisierung macht es möglich, dass Sie diese dann auch gleich kreativ weiterverarbeiten. Fantastische Möglichkeiten. Das Internet als die Wissens- und Ideenmaschine der Menschheit. Das Urheberrecht in seiner derzeitigen Form wirkt da als Bremse.

Zurecht weist die Piratenpartei auf ihrer Webseite darauf hin, dass unzählige Filme oder auch Musikaufnahmen ungenutzt in Tresoren liegen, weil es sich nicht lohnt, diese auf DVD zu veröffentlichen. Sie aber deshalb freizugeben, auf die Idee kommt keiner.

Könnte ja sein, dass es sich irgendwann mal doch lohnt. Aber bis dahin bleibt dieses Kulturgut verschlossen im Tresor. Eine Reform des Urheberrechts könnte das verhindern. Kultur gehört nicht in die Tresore der Unterhaltungskonzerne, sie gehört auf Plattformen, die für jeden offen sind.

Mit solchen Gedankengängen zielt die Piratenpartei auf das utopische Potenzial des Internets. Das ist in den letzten Jahren doch die Kommerzialisierung leider völlig verloren gegangen. Wenn Produktmanager heute von „Visionen“ sprechen, dann meinen Sie meistens nur noch mehr Pixel oder noch mehr Gigabyte. Bei der kleinkarierten Pixel-Huberei verliert man aber das eigentliche Ziel aus den Augen. Die Technik soll schließlich den gesellschaftlichen Fortschritt unterstützen.

Wenn es nun eine Partei gibt, die für solche Utopien kämpft, dann wäre das fast ein Grund sie zu wählen.

5. Grund: Bürgerrechte im Digitalzeitalter

Auch den radikalen Forderungen nach Schutz der Privatsphäre, die auf den ersten Blick weltfremd wirken, kann man einiges abgewinnen. Niemand bestreitet, dass die Privatsphäre im Digitalzeitalter massiv bedroht ist.

Eine Partei, die mit einem technisch tiefen Verständnis im Parlament für die Bürgerrechte im Internet kämpft, gibt es bisher noch nicht. Das böte also die Chance, die Bürgerrechte im Web auf Basis der neuen technischen Voraussetzungen vollkommen neu zu verhandeln und festzulegen.

Noch ein Pluspunkt für die Piratenpartei.

6. Grund: Impulse für die Wirtschaft

Die auf den ersten Blick unverschämte Forderung das private Kopieren und Weitergeben von Musik, Filmen oder Büchern komplett freizugeben, könnte paradoxerweise auch der Internet-Wirtschaft einen Impuls geben.

Wenn in Zukunft der Tausch von Waren, Informationen oder Dienstleistungen digital organisiert und teilweise sogar ohne Geld stattfindet, könnte das, so ketzerisch das auch klingen mag, die Regeln von Wirtschaft und Gesellschaft neu definieren. Wie genau das gehen soll? Keine Ahnung. Da müssen sie schon die Piratenpartei fragen. Die sind vielleicht irgendwann mal zuständig dafür.

Grund Nummer 7: Neustart beim Denken

Radikale Manifeste wie das der Piratenpartei sollte man nicht belächeln. Sie haben den Vorzug, alte Denkmuster und verstaubte Traditionen, die wir uns noch im Analogzeitalter angewöhnt haben, in Frage zu stellen.

Wenn es richtig ist, dass die Internet-Ära mit all ihren fantastischen Möglichkeiten die Gesellschaft total verändert – das sagen ja alle – dann ist es auch richtig, die alten Vorstellungen zu Themen wie Urheberrecht, Bürgerrecht oder Privatsphäre zu hinterfragen. Genau das leistet das Manifest der Piratenpartei.

Jetzt bin ich eigentlich schon ziemlich nahe dran, das Piratenschiff zu besteigen.

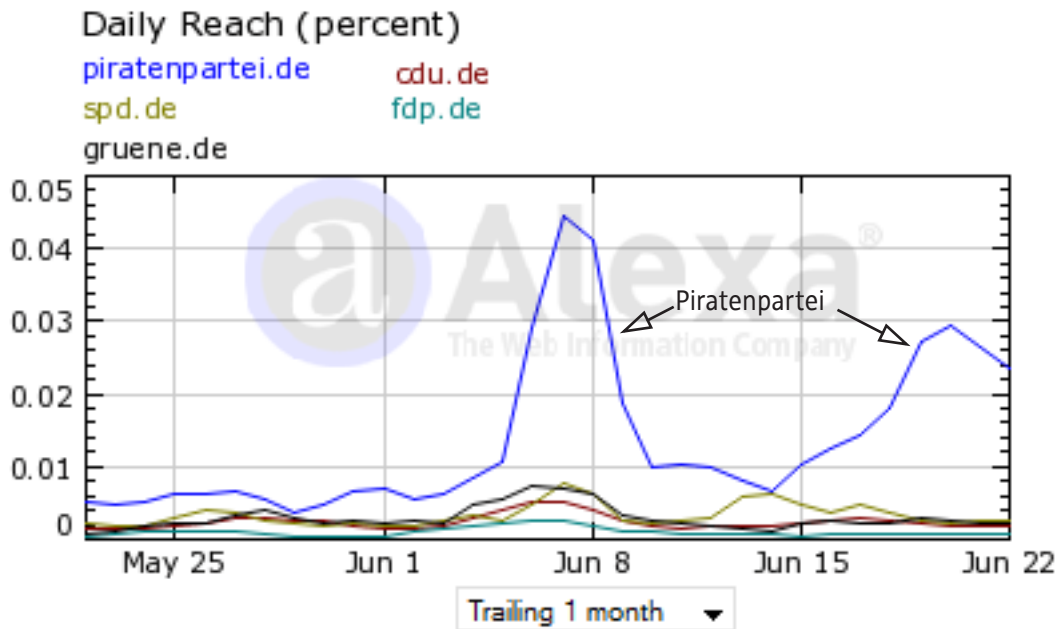
Grund Nummer 8: Subkultur fließt in Mainstream

Es klingt vielleicht ein bisschen zynisch. Mit der Piratenpartei fließt eine potenziell gefährliche Subkultur in den Mainstream der Politik ein. Mit andern Worten: Lass' die Jungs ruhig in die Politik gehen, in der Quasselbude Bundestag können sie eh' keinen Schaden anrichten.

Das ist die zynische Interpretation. Die bessere Option ist aber die, dass eine Subkultur, die bisher entfremdet von der etablierten Politik vor sich hin dümpelte, sich schrittweise einmischt und neue Ideen mitbringt. Das würde der Politik ziemlich gut tun.

Und das sind die acht Gründe, warum ich beim nächsten Mal die Piratenpartei wählen werde.

Zugriffe auf die Websites der im Bundestag vertretenen Parteien im Juni 2009



Mitgliederentwicklung der Piratenpartei

